

aus dem Inhalt

- ◆ Neuordnung des globalen Finanzsystems
- ◆ Herbst-Kommissionssitzung zu Religion und Gewalt
- ◆ Justitia et Pax Europa - Workshop zu interreligiösen Beziehungen in Albanien
- ◆ „Memory, Truth, Justice“, Internationaler Workshop in Uganda
- ◆ Seminar zu Religion und Staat in Indonesien
- ◆ Tropische Früchte - Expertengespräch zu Standards
- ◆ Kurzfilme zur Solidarität in der Menschenrechtspolitik auf YouTube
- ◆ „Rohstoffe, Werte und Interessen“, Kohärenzbericht GKKE
- ◆ GKKE Rüstungsexportbericht 2011

„ Das wahre Licht, das jeden Menschen erleuchtet, kam in die Welt.“

(Joh. 1, 9)

Frohe Weihnachten und Gottes Segen zum Neuen Jahr 2012 wünschen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Geschäftsstelle der Deutschen Kommission Justitia et Pax.

Neuordnung des globalen Finanzsystems

Nach dem EU-Gipfel am 27.10.2011 wies Bischof Dr. Ackermann in einer Erklärung auf die Dringlichkeit der Neuordnung des globalen Finanzsystems hin. Im Blick auf den G 20-Gipfel in Cannes forderte er, die Weichen so zu stellen, dass international abgestimmt eine kohärente Strategie zur Regulierung und gemeinwohlorientierten Steuerung der Finanzmärkte zügig und stringent implementiert werden könne.

Am 24. Oktober 2011 hatte der Päpstliche Rat Justitia et Pax eine Note veröffentlicht: „Towards reforming the international financial and monetary systems in the context of global public authority“. Die Erklärung von Bischof Ackermann unterstützt diese Note u.a. in dem Anliegen, einen globalen Steuerungsmechanismus zur Kontrolle der internationalen Finanzmärkte zu errichten.

Herbst-Kommissionssitzung zu Religion und Gewalt

Um „Religion und Gewalt“ ging es im inhaltlichen Schwerpunkt der Herbst-Kommissionssitzung am 21./22. Oktober 2011 in Berlin. In seiner Einführung analysierte Prof. Dr. Thomas Hoppe die Rolle von Gewalt im religiösen Denken und Handeln. Am Beispiel der christlichen Lehre vom gerechten Krieg und des Dihad-Konzepts im Islam legte er dar, wie ethische Positionen einerseits Gewalt eingrenzen, andererseits aber auch zur Entgrenzung von Gewalt genutzt würden. Die „Relecture“ Gewalt affiner Stellen in den Texten der Religionen sowie die genaue Analyse und tiefere Erfassung von Ursachen jeder einzelnen Situation benannte Prof. Hoppe als Aufgaben, denen sich die Religionen zu stellen hätten. Von größter Bedeutung sei es, die primären Verursachungsfaktoren von Gewalt im nicht-religiösen Bereich zu beheben. Prof. Heine, Islam-Wissenschaftler, erläuterte die Wirkung des Dihad-Konzeptes in verschiedenen historischen Kontexten, z.B. 1967 nach der Niederlage des arabischen Militärs gegenüber Israel, sowie in unterschiedlichen Ländern oder Regionen mit muslimischer oder mehrheitlich nicht-muslimischer Bevölkerung.

Jörg Lüer verwies auf das in Vorbereitung befindliche friedenspolitische Expore- und Dialogprogramm zu Religion, Konflikt und Gewalt, das gemeinsam mit der AGEH im Oktober 2012 in Jos/Nigeria durchgeführt werden soll.

Diskussion zu Israel/Palästina

Zur Entwicklung im israelisch/palästinensischen Friedensprozess tauschte die Justitia et Pax-Kommission in einer Aussprache Einschätzungen und Überlegungen aus. Anlass war die Erklärung des Vorsitzenden zum Antrag

der palästinensischen Autonomiebehörde auf staatliche Anerkennung und Aufnahme in die Vereinten Nationen vom 26. September 2011. Bei allen kontroversen Einschätzungen zum israelisch/palästinensischen Konflikt bestand Konsens, dass die Kommission sich weiterhin zu diesem Konflikt positionieren und Beiträge zur Überwindung der partiellen Sprachlosigkeit im Umgang mit diesem Konflikt leisten solle.

Justitia et Pax Europa – Internationaler Workshop zu inter-religiösen Beziehungen in Albanien



Die Herausforderungen und Chancen der interreligiösen und interkulturellen Beziehungen in Albanien bildeten den inhaltlichen Schwerpunkt des diesjährigen Internationalen Workshops der Europäischen JP Kommissionen. Die besondere Verfolgungssituation in der Zeit des albanischen Kommunismus hat anders als in anderen südosteuropäischen Ländern trotz mancher Spannungen auf gegenseitigen Respekt gegründete Beziehungen hervorgebracht.

Dabei stellt die albanische Identität keine geringe Vermittlungsbasis dar. Man ist sich einig, dass die albanische Gesellschaft auf dem Weg in die EU eines neuen Umgangs mit Konflikt und Gewalt bedarf. Die Religionsgemeinschaften sind bemüht, entsprechende wegweisende Zeugnisse zu geben. Dem verlässlichen Kontakt und Dialog mit anderen europäischen Gesellschaften kommt dabei eine erhebliche Bedeutung zu.

JP Europa – neue Präsidentschaft

Nach Abschluss der Französischen Präsidentschaft hat die Generalversammlung am 19. September 2011 Weihbischof William Kenney (Birmingham) zum neuen Präsidenten der Europäischen Konferenz Justitia et Pax gewählt. Da sich keine nationale JP-Kommission bereit gefunden hatte, die gesamte Präsidentschaft zu schultern, ist das Executive Committee für die nächsten zwei Jahre beauftragt worden, die Aufgaben arbeitsteilig anzugehen. Wichtigste Herausforderung bleibt die Errichtung eines permanenten Sekretariats. Für die Deutsche Kommission gehört Jörg Lür dem ExCO an.



Weihbischof William Kenney (Birmingham) in Tirana vor seiner Wahl mit Prof. Dr. J.P. Lehnrs, Luxemburg (mi) und Sr. Madeleine Fredell, Schweden (re)

„Memory, Truth, Justice“, Internationaler Workshop in Uganda

Vom 31. Oktober bis zum 06. November 2011 wurde in Gulu/Uganda in Zusammenarbeit mit der AGEH sowie JP Gulu ein internationaler Workshop „Memory, Truth, Justice – Dealing with the burdens of the past“ durchgeführt, der sich dem Umgang mit der gewaltbelasteten Geschichte und Gegenwart im Norden Ugandas widmet. Mit diesem Workshop sollte den 45 Teilnehmenden, aus 7 Ländern, Afrikas, Europas und Asiens die Gelegenheit geboten werden, am konkreten Fall von Norduganda ihr Verständnis für die gesellschaftlichen Heilungs- und Versöhnungsprozesse zu vertiefen und ihre Erfahrungen auszutauschen. Die internationale Aufmerksamkeit stellte zugleich ein sehr praktisches Zeichen der Unterstützung der Partner dar, deren Erfahrungen und Zeugnis sich als außerordentlich inspirierend erwiesen haben.

Im Rahmen des Workshops, der durch ein Grußwort des Präsidenten des Päpstlichen Rates Justitia et Pax, Peter Kardinal Turkson begleitet wurde, trafen sich die Teilnehmenden mit Überlebenden aus verschiedenen Gemeinschaften, ehemaligen Kindersoldaten, der Ugandischen Armee sowie den Repräsentanten der Religionsgemeinschaften. Der Workshop wurde von den Medien in Uganda mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.



It's all about communication

Erzbischof Rrok Mirdita, Tirana, eröffnet den Workshop. Im Podium: Fitor Muça (Evangelische Bruderschaft); Baba Edmond Brahimaj (Bektashi); Premierminister Sali Berisha; Erzbischof Gerard Defois, JP Europa; Selim Muça (Muslime); Weihbischof Antoni (Orthodoxe)



Memorial zur Erinnerung an Opfer eines Lord Resistance Army (LRA)-Massakers

Seminar zu Religion und Staat in Indonesien: Indonesia and the European Union: Human Rights and Faith in Focus

Im Rahmen des Menschenrechtsdialogs der EU mit der Republik Indonesien nahm Dr. Daniel Legutke in Jakarta, Indonesien, am 24./25. Oktober 2011 an dem Seminar zum Recht auf Religionsfreiheit teil, das auf Bitten der indonesischen Regierung ausgerichtet worden war. Insgesamt haben etwa 150 Personen teilgenommen, darunter Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen Indonesiens und Europas, Wissenschaftler, europäische Regierungsvertreter und die Botschaften der EU-Staaten in Indonesien.

Problematisch sei gegenwärtig der zunehmende Einfluss des arabischen Islam in Indonesien, konkret des Wahabismus saudischer Prägung. Er trägt nach Aussage vieler massiv zu den Spannungen bei. Sorge bereiten die steigenden Zahlen von Angriffen auf Christen, christliche Gemeinschaften und Kirchen in den letzten Jahren. Es drohe, so einige Teilnehmer, eine Pakistanisierung Indonesiens – mit allen Folgen. Sie sei verbunden mit antiwestlichem Denken. Nicht zu leugnen sei andererseits, dass auch evangelikale Gruppe aus Südkorea und den USA ihrerseits sehr aggressiv auftreten würden.

Die Rolle von Religionen für Staat und Gesellschaft in einer großen Tagung unter Einbeziehung kirchlicher Institutionen, muslimischer Verbände und vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen zu diskutieren, kann als positives Beispiel für den Umgang der EU mit Religionen hervorgehoben werden. Die indonesische Regierung ist zudem offenbar darum bemüht, das Bild eines toleranten, offenen und multikulturellen Landes aufrecht zu erhalten – trotz aller Rückschläge der jüngsten Zeit.

Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte, Workshop in Genf

Vom 29. November bis 1. Dezember 2011 fand in Genf das Global Forum Migration and Development (GFMD), einer UN- angelegten Initiative zur Stärkung der Rechte von Migrantinnen und Migranten statt. Frau Hagemann wirkte als Delegierte der Zivilgesellschaft des GFMD auch bei den Civil Society Days des GFMD mit. Schwerpunkte der thematischen Mitwirkung waren 'Investing in Development Alternatives to Migration-Development for Decent Jobs „at Home“' und 'Diaspora, Employment and Development'.

Mit einem Workshop zum Thema „Rechte für Hausangestellte und Ratifizierung der ILO-Konvention C189“ wurde die Zusammenarbeit mit dem Migrant Forum in Asia (MFA) am Rande des GFMD während der „Peoples' Global Action on Migration, Development and Human Rights“ am 2. Dezember 2011 fortgesetzt. Zuvor hatte es im Oktober 2011 in Manila einen Strategieworkshop des MFA zusammen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (ITUC) und dem Internationalen Hausangestelltennetzwerkes (IDWN) gegeben, dessen Ergebnisse in den Dezember Workshop einfließen.

In Genf wurde bekräftigt, dass starke Allianzen zwischen Hausangestellten- und Migrantenorganisationen, NRO und Gewerkschaften nötig sind, um die C189 in nationaler Gesetzgebung umzusetzen. Die neue Kampagne des ITUC „12 by 12“, die offiziell am 19. Dezember 2011 in Brüssel vorgestellt wurde, dient diesem Zweck.

Tropische Früchte – Expertengespräch zu Standards

Am 10. November 2011 traf sich die „Task Force Tropenfrüchte“ mit Gästen vom GLOBALG.A.P, dem international führenden Standardgeber in der Lebensmittelerzeugung, dem Deutschen Fruchthandelsverband (DFHV) und dem Institut für Entwicklung und Frieden, der Universität Duisburg-Essen (INEF) zu einem Gespräch zum Thema ‚Entwicklungspolitisches Potential von Qualitäts- und Sozialstandards zur Förderung von Kleinproduzenten bei Anbau, Verarbeitung und Vermarktung tropischer Früchte‘. Das Gespräch



Vertreterinnen von Hausangestellten und Migrantenorganisationen aus Europa, Asien, Lateinamerika und Afrika stellen ihre Aktivitäten vor.

diente dem Informationsaustausch und der Identifizierung möglicher Felder der Zusammenarbeit. Zur Diskussion standen die Breitenwirksamkeit von Zertifizierungen bezüglich der Schaffung von Anreizen zur Verbesserung von Produktion und Qualität bei den Erzeugern. Hierbei wurde die Bedeutung nationaler Standards durch lokale Arbeitsgruppen deutlich und der Verrechtlichung von Standards. Im Hinblick auf die Erhöhung der Rechtssicherheit für Produzenten und Handelsakteure in den Anbauländern (gute Regierungsführung), sowie hinsichtlich der Erweiterung der Zertifizierung auf die gesamte Handelskette (Transparenzschaffung und Stärkung der Verhandlungsmacht) gab es Übereinstimmung und auch Interesse an weiterer Zusammenarbeit. Die Task Force bzw. die AG Armenorientierung wird an dieses Gespräch im weiteren Verlauf des Dialogs in 2012 anknüpfen.

Terrorismusbekämpfung

Erzbischof Dr. Ludwig Schick hat das Bischofswort „Terrorismus als ethische Herausforderung. Menschenwürde und Menschenrechte“ am 5. September 2011 in der Katholischen Akademie Berlin gemeinsam mit Prof. Dr. Thomas Hoppe als Mitglied der Redaktionsgruppe der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Pressereaktionen waren nahezu durchgängig positiv. Hervorgehoben wurde u. a. die enge Verbindung zum Wort „Gerechter Friede“.

Forum Menschenrechte – Gespräch mit Bundesaußenminister Westerwelle

Am 6. Oktober 2011 fand das jährliche Ministergespräch des Forum Menschenrechte mit dem Bundesaußenminister statt. Westerwelle hob in seiner Bilanz der Arbeit der letzten Monate die von Deutschland eingebrachte Resolution zu Kindersoldaten im Sicherheitsrat vom 12. Juli 2011 hervor und erwähnte die Weiterführung der bilateralen Menschenrechtsdialoge, vor allem zur anwaltlichen Arbeit von Menschenrechtsverteidigern. Von Seiten des Forum Menschenrechte wurden die Themen Rüstungsexporte und Menschenrechte, Straflosigkeit als Thema internationaler Beziehungen, Behandlung von Menschenrechtsfragen innerhalb der EU und Deutschlands Rolle in der UN angesprochen. Bezüglich kritischer Anfragen zur Menschenrechtspolitik innerhalb der EU merkte Westerwelle an, dass die Bundesregierung politische Spielräume ausnutze. Markus Löning, der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, ergänzte, dass darüber nachgedacht werde, wie innerhalb der EU Dialogmechanismen aufzubauen seien, die ein offenes Ansprechen der menschenrechtlichen Situation innerhalb der EU erlauben. Abschließend betonte der Minister, wie wichtig für ihn eine im Rahmen geltenden Rechts möglichst unkomplizierte Vergabe von Einreisevisa für Austauschprogramme, Studenten und im Rahmen von Menschenrechtsarbeit sei. Er wolle sich für eine weite Auslegung geltender Möglichkeiten einsetzen. Probleme mit einzelnen Konsularabteilungen bat er, ihm direkt zur Kenntnis zu bringen.

Kurzfilme zur Solidarität in der Menschenrechtspolitik auf YouTube

Basierend auf dem Text der Erklärung der Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen „Menschenwürde und Menschenrechte. Kultur der Solidarität zur Stärkung der Menschenrechte“ wurden im Auftrag der Europäischen Konferenz der Justitia et Pax Kommissionen an einer Kölner Medienhochschule kurze Filmbeiträge erstellt. Diese vier Beiträge stehen der Europäischen Konferenz seit Ende September 2011 zur Verfügung, sie sollen insbesondere junge Menschen ansprechen und sind über YouTube unter <http://www.youtube.com/user/JustitiaEtPaxDe> zugänglich. In Deutschland erfolgte die offizielle Präsentation am 11. Oktober 2011 in Köln im Rahmen der Verleihung des Eine-Welt-Filmpreises des Landes NRW.



*Projektbeteiligte: (v.l.n.r.)
Richard Dooley (Sprecher),
Dr. Daniel Legutke, Gertrud
Casel, Gregor von Sivers,
Prof. Sibylle Stürmer
(Projektleiterin), Olaf
Wehmeyer, Jutta Zylka
(Foto © S. Bins).*

„Breaking the Silence“

Anlässlich des Besuches von Dana Golan, Direktorin von „Breaking the Silence“, hatte die „Gemeinsame Initiative Humanitäres Völkerrecht Nahost“ von Misereor und EED zusammen mit Justitia et Pax für den 25. Oktober 2011 ins Haus der Evangelischen Kirche in Bonn eingeladen (Anlage 6). „Breaking the Silence“ ist eine Nichtregierungsorganisation, in der ehemalige Soldaten und Soldatinnen der israelischen Armee informieren über Vorgehensweisen der Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten. Der Film „To see if I`m smiling“ zeigt solche Erfahrungen aus der Perspektive der beteiligten Soldaten und ihre Reflektion darüber. Im Anschluss an den Film gab es Gelegenheit zu Austausch und Diskussion. Mit etwa 100 Teilnehmer/-innen fand dieser Abend unerwartet hohes Interesse. Die Themenbreite in der Diskussion reichte von „Innerer Führung“ über Angebote für traumatisierte Soldaten, israelische Besatzungspolitik bis hin zu Frauen im Soldatendienst.

„Rohstoffe, Werte und Interessen“, Kohärenzbericht GKKE

Anforderungen an eine entwicklungspolitisch kohärente deutsche Rohstoffpolitik formulierte der 10. GKKE Kohärenzbericht. In ressourcenreichen Ländern sei die Förderung guter Regierungsführung und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kontrollfunktionen ausschlaggebend für eine entwicklungsorientierte Rohstoffgewinnung. Dazu gehöre der Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten, die Zertifizierung der involvierten Unternehmen nach menschenrechtlichen, Umwelt- und sozialpolitischen Standards.

In einem erweiterten politischen Fachgespräch wurde der Bericht am 27. Oktober 2011 in Berlin unter Mitwirkung von Parlamentariern der Regierungs- und Oppositionsparteien, der Ministerien für Entwicklungszusammenarbeit und für Wirtschaft sowie von Transparency International (TI) Deutschland diskutiert. Die Forderungen der GKKE zur Umsetzung einer menschenrechtlich verantwortungsvollen und armenorientierten Rohstoffpolitik der Bundesregierung trafen auf Zustimmung der Gesprächsteilnehmer, die Umsetzung bleibe jedoch angesichts der interessengeleiteten Strategie der Bundesregierung eine Herausforderung. Laut TI bestätige der Bericht, dass Freiwilligkeit der Beachtung von Menschenrechten im Zusammenhang mit Rohstoffpolitik nicht ausreiche. Verbindliche Vorgaben seien notwendig. Die Fachgruppe Kohärenz wird die Umsetzung der Rohstoffstrategie weiter beobachten.

GKKE Pharmadialog

Am 23. November 2011 nahm die neue Hauptgeschäftsführerin des Verbandes forschender Arzneimittelhersteller (vfa), Birgit Fischer, an der Sitzung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe Pharmadialog in Berlin im Haus des vfa teil. Sie unterstrich die Bedeutung des Dialogs mit den Kirchen im Hinblick auf dringend erforderliche neue Ansätze in der Gesundheitspolitik, die sowohl technisches Wissen als auch politischen Willen und gesellschaftliches Engagement brauchen. Die Mitwirkenden im Dialog erläuterten, dass einerseits Pharmaunternehmen zukünftig von Produktlösungen bzw. Medikamentenversorgung zu systemischen Dienstleistungen im Gesundheitswesen kommen müssten – und dies nicht nur in Entwicklungsländern. Kirchen andererseits sollten auch zukünftig für ungewöhnliche Allianzen bereit sein, da sie neue Chancen für Problemlösungen zugunsten menschlicher Entwicklung eröffnen.

GKKE Rüstungsexportbericht 2011

Am 12. Dezember 2011 stellte die GKKE vor der Bundespressekonferenz in Berlin ihren Rüstungsexportbericht vor, den die Fachgruppe Rüstungsexporte unter Leitung von Dr. Bernhard Moltmann jährlich erstellt.

Dabei forderte die GKKE, Konsequenzen zu ziehen aus den verheerenden Auswirkungen der Waffenlieferungen an autoritäre und repressive Regime im arabischen Raum, wie sie während der ersten Hälfte des Jahres 2011 im Kontext der arabischen Auf- und Umbrüche drastisch zu Tage getreten seien. Der häufig hergestellte Zusammenhang zwischen autoritären Regimen und von ihnen erzeugter Stabilität und Sicherheit habe sich einmal mehr als Trugschluss erwiesen.

Der Rekordumsatz mit Kriegswaffen in 2010 - laut Regierungsbericht mit 2,1 Milliarden Euro um mehr als 50% über dem Stand von 2009 mit 1,3 Milliarden - sei insbesondere auf die Lieferung von zwei U-Booten an Portugal und einem U-Boot an Griechenland zurückzuführen. Auch im Jahr 2010, als das Ausmaß der griechischen Staatsverschuldung bereits bekannt war, habe der Exportweltmeister Deutschland an der weiteren Verschuldung Griechenlands verdient.

Neu im Sekretariat: Frau Biegansky

Frau Resi Biegansky hat am 02.11.2011 ins Sekretariat der Geschäftsstelle von Justitia et Pax gewechselt und den früheren Aufgabenbereich von Frau Schumacher übernommen.

Papstbesuch und EDP

Übrigens hat Papst Benedikt bei seinem Besuch in Deutschland in seiner Rede an das ZdK am 24.09.2011 in Freiburg nach einer Begrüßung und Wertschätzung des Engagements der Laien mit einem Bezug zu den „sogenannten Exposure-Programmen“ eröffnet: „Seit Jahren gibt es in der Entwicklungshilfe die sogenannten *exposure*-Programme. Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft und Kirche leben eine gewisse Zeit in Afrika, Asien oder Lateinamerika mit den Armen und teilen ihren konkreten Alltag. Sie setzen sich der Lebenssituation dieser Menschen aus, um die Welt mit deren Augen zu sehen und daraus für das eigene solidarische Handeln zu lernen.“ - eine erfreuliche Würdigung!



Dr. Bernhard Moltmann (li) mit den Vorsitzenden der GKKE, Prälat Dr. Karl Jüsten (mi) und Prälat Dr. Bernhard Felzberg (re)

Stellungnahmen und Erklärungen im Wortlaut finden Sie auf unserer Website www.justitia-et-pax.de unter den Rubriken „aktuell“ oder „Presse“. Hefte der Schriftenreihe sind unter „Publikationen“ oder bei der Geschäftsstelle zu beziehen.

Impressum

Deutsche Kommission Justitia et Pax
Kaiserstr. 161, 53113 Bonn
E-Mail: justitia-et-pax@dbk.de
Web: www.justitia-et-pax.de
Redaktion: Gertrud Casel

Deutsche Kommission Justitia et Pax - Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Förderung von Entwicklung, Menschenrechten und Frieden